

Danziger Zeitung.



Nr. 17769.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 2.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-geschaffene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Juli. (Privatelegramm.) Gestern früh erschob sich ein junges Liebespaar, der Sohn eines hiesigen Kaufmanns und die Tochter einer begüterten Familie, in einem Coupé der Ringbahn unweit des Bahnhofs Westend. Sie gingen freiwillig gemeinsam in den Tod.

München, 8. Juli. (Privatelegramm.) Bei dem Bahnhunglück bei Röhrmoos wurde der sächsische Wagen als vorderster am schwersten betroffen. Unter den Toten befinden sich aus Eibenstock: Oberzollinspector Junge, Postdirector Renz nebst Frau und Obersortmeister Bayreuther, dessen Frau schwer verwundet ist.

Wien, 8. Juli. (Privatelegramm.) In der Begleitung des Kaisers bei seiner Reise nach Berlin wird sich Graf Almásy befinden.

Teleg. Nachrichten der Danziger Ztg.

Christiania, 7. Juli. Kaiser Wilhelm begibt sich morgen nach Voß und beabsichtigt am Dienstag Gudvangen am Sogne-Fjord zu besuchen.

München, 7. Juli. Der heutige Köln-Frankfurter Schnellzug ist bei der Station Roehrmoos entgleist. Nach dem amtlichen Bericht erfolgte die Entgleisung dadurch, daß die Weiche falsch gestellt war und der Zug in ein Gackeile fuhr, auf welchem drei Waggons standen. Acht Personen sind dabei ums Leben gekommen, davon 7 aus Eibenstock in Sachsen. Elf Personen wurden verwundet, davon sind 5 mittels Sanitätwagens in ein hiesiges Krankenhaus gebracht worden.

Milanovatz, 7. Juli. (P.C.) Gestern wurde dem König ein Fackelzug gebracht. Der König, welcher wiederholt am Fenster erschien und mit lebhaften Kundgebungen begrüßt wurde, antwortete auf eine an ihn gerichtete Ansprache: Er fühle sich glücklich, in der mit dem Leben und Wichen der berühmten Vorfahren so eng verknüpften Gegend einen so herzlichen Empfang gefunden zu haben. — Heute Morgen begab sich der König mit den Regenien und den Ministern nach dem drei Stunden von hier entfernen Tokovo, wo Mloš Obrenovic am Palmsonntag 1815 vor der Kirche den Aufstand gegen die Türken proklamierte. Nachdem daselbst das Feuer genommen worden war, kehrte der König hierher zurück.

Riadno, 7. Juli. Die strafgerichtlichen Verurtheilungen wegen der Ausschreitungen während der letzten Arbeitseinstellung sind abgeschlossen. Etwa hundert Excedenten sind an das Strafgericht abgeliefert worden. Die Zeugenvornehmungen werden noch fortgesetzt.

Paris, 7. Juli. Der „Intransigeant“ veröffentlicht eine angebliche Unterredung des Obersten Vincent mit dem Kriegsminister, sowie die Aussage Vincents vor der Commission des Staatsgerichtshofs. Demnach hätte Vincent bestätigt, daß Boulanger die für das Auskunftsbüro des Kriegsministeriums bestimmte Summe um 100 000 Frs. gekürzt hätte; Vincent habe jedoch diese Anschuldigung formell dementirt. In Folge dieser Veröffentlichung des „Intransigeant“ hat Frenchet Vincent telegraphisch aufgefordert, nach Paris zu kommen, um Erklärungen zu geben. — Der „Temps“ erklärt sich ermächtigt, die Mitteilungen des „Intransigeant“ über die angebliche Aussage des Obersten Vincent vor der Commission des Staatsgerichtshofs zu dementiren.

Madrid, 7. Juli. Die Königin-Regentin ist an Neuralgie leicht erkrankt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Juli.

Gefahr im Verzuge?

Es ist schon längst deutlich hervorgetreten, daß das bei den Reichstagswahlen von 1887 abgeschlossene unnatürliche Cartell nur mit Mühe und durch allerlei künstliche Mittel aufrecht erhalten wird, und zwar besonders auf Betrieb derjenigen Organe, welche mit der Regierung in Verbindung stehen. Die offizielle Presse und diejenigen, welche sie inspierten, wiegen sich sogar in dem Glauben, daß die Zukunft der reichskanzlerischen Politik auch dann verbürgt sei, wenn der Reichskanzler nicht mehr an der Spitze der Regierung stehe, sobald nur das Cartell aufrecht erhalten bleibe. Wer so denkt, muß natürlich auch für die Aufrechterhaltung des Cartells mit allen Mitteln wirken. In der Presse thut dies nach Kräften die „Nordd. Allg. Ztg.“, dasjenige Blatt, welches bekanntlich dem Herrn Reichskanzler täglich so und so viel weißes Papier zur Verfügung stellt. Sobald irgendwie das Cartell aus den Fugen zu gehen droht, ist sie sofort bei der Hand, um den Riß wieder zu verkleistern. In Halberstadt ist es allerdings bis jetzt nicht gelungen. Dort stellen die Conservativen den Nationalliberalen bekanntlich einen besonderen Kandidaten gegenüber. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dieser unüblichen Thatsache in ihrer letzten Nummer einen ganzen energischen Leitartikel. Den Sonderglücks wird sehr derbe der Text gelesen. Das ist nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur „ehrgeiz politischen Selbständigkeitsein-wollens lokaler Parteihäupter“.

Zu welchen Irrthümern man kommen kann, wenn man in der Idee von der Jaubermacht des Cartells ganz und gar besangen ist, zeigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ darin, daß sie sich einbildet, durch die gesonderte Auffstellung eines conservativen und eines nationalliberalen Kandidaten würden die „Geschäfte der Freisinnigen beorgt“. Worin das bestehen soll, ist uns völlig unklar. Uns

will scheinen, daß auch die „N. A. Z.“ begreifen könnte, daß, wenn man nur das Fraktionssinteresse ins Auge setzt, es für die Freisinnigen entschieden vortheilhafter gewesen wäre, wenn von vornherein ein Nationalliberaler und Conservativer zusammengingen. Nichts hat den Nationalliberalen in großen Kreisen des Bürgerthums so geschadet, als das Cartell, welches eingestandener Maßnahmen, wie auch Herr v. Hellendorff neulich öffentlich hervorgehoben hat, zur Stärkung der Conservativen auf Kosten der Liberalen geführt hat. Von Standpunkte der Fraktionsspolitik hätte man nur wünschen können, daß auch diesmal Conservativer und Nationalliberaler von vornherein unterschlechtlos zusammengehen. Da es auch bei der Wahl in Halberstadt festzustellen scheint, daß Conservativer und Nationalliberaler bei einer etwaigen engeren Wahl sich unterstützen, ist nicht abzusehen, wie die Freisinnigen einen Vortheil davon ziehen sollten.

Aber bekanntlich macht der Haß blind und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zeigt auch hier, daß es lediglich der Haß und der brennende Wunsch, die freisinnige Partei vollständig zu vernichten, ist, wenn sie die Aufrechterhaltung des Cartells so dringend wünscht. Die freisinnige Partei soll „legitime Aussicht parlamentarischer Daseins (!!) verlieren“. Das ist klar und deutlich gesprochen. Darauf beruht das Bestreben und die ganze Hoffnung der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ihrer Söhne; die kleine, längst todgegagte freisinnige Partei und ihre parlamentarische Wirksamkeit ist den Herren ein Dorn im Auge; man will vor allem die freisinnigen Abgeordneten befehligen. Lediglich der Haß gibt der „Nordd. Allg. Ztg.“ auch die in diesem Artikel deutlich hervortretende Hoffnung ein, daß bei den nächsten Wahlen sowohl das Centrum als auch die Socialdemokraten in keinem Wahlkreise bei den engeren Wahlen für die Freisinnigen eintreten würden. Man möchte, wenn irgend möglich, alle Parteien in ein Cartell zusammenfassen, um die verhasste und gefährliche freisinnige Partei mit Stumpf und Stiel ausurotten. Ob es gelingen wird, werden ja die nächsten Wahlen zeigen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf eine andere Thatsache hinweisen, welche zeigt, wie verschwendet das Maß ist, mit welchem die Parteien gemessen werden. Das officielle Organ der conservativen Partei, die „Conf. Corr.“, macht viel Wessens davon, daß angeblich das „Reichsblatt“ „offenherzig“ ausgeplaudert hätte, ein großer Theil der Liberalen im Wahlkreise Halberstadt habe bei der letzten Reichstagswahl aus Unmuth darüber, daß ein freisinniger Kandidat nicht aufgestellt sei, socialdemokratisch gestimmt. zunächst liegt hier eine Verwechslung vor. Das „Reichsblatt“ hatte nicht vom Wahlkreise Halberstadt, sondern von der Nachwahl in Schwerin gesprochen. Ferner ist diese Thatsache damals sofort in der freisinnigen Presse, u. a. von der „Post. Ztg.“ mitgetheilt worden. Es ist überhaupt unverständlich, weshalb von dieser Thatsache so viel Wessens gemacht wird. Bekanntlich haben in Gotha, wie der Abgeordnete Dr. Barth im Reichstage, ohne Widerspruch zu finden, hervorgehoben hat, Nationalliberaler und Conservativer bei der engeren Wahl für den Socialdemokraten gegen ihn selbst gestimmt. Ebenso, um noch ein anderes Beispiel anzuführen, wurde 1884 in Magdeburg der socialdemokratische Kandidat mit Hilfe der Cartellgenossen der „Conf. Corresp.“ gewählt. Als damals der Polizeipräsident von Magdeburg im dortigen „Conservative Verein“ gelegentlich der Stichwahl zwischen dem freisinnigen und dem socialdemokratischen Kandidaten die Parole ausgab, dem Reichskanzler seien zehn Socialdemokraten lieber als ein Freisinniger, hütete sich die „Conf. Corr.“ wohl gegen diese „Offenherzigkeit“ zu protestieren. Das Gedächtnis der „Conf. Corr.“ ist offenbar sehr schwach.

Die direkten Erleichterungen der Staats-, Communal- und Volkschullasten, welche in Preußen für das laufende Jahr zu erwarten sind, stellen die „Berl. pol. Nachrichten“ wie folgt zusammen:

„Die Aufhebung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer macht rund 16, die Auferhebungszug von drei Monatsraten der übrigen Klassensteuerstufen 8 Millionen Mk., von 1 bzw. 2 Monatsraten der untersten beiden Klassen der Einkommenssteuer 1 284 000 Mk. Die Ermäßigung des Pacht- und Mietstempels wird auf 7-800 000 Mk. veranlagt. Dies ergibt Erleichterungen an Staatssteuern im Gesamtbetrag von rund 26 Millionen Mk. Für allgemeine Erleichterung der Volkschullast bezüglich der Volkschullehrer, macht Entlastungen von Volkschullasten 29.6 Millionen. Die Überweisungen aus den landwirtschaftlichen Zöllen an die Kreise betragen endlich 30 Millionen Mk.“

Hiernach ergibt sich für 1889/90 eine voraussichtliche Gesamtentlastung auf dem Gebiete der Staats-, Communal- und Schulsteuern von 85.5 Millionen Mark.“

Die Erleichterungen in Preußen bleiben auch nach dieser nicht ganz correcten Zusammenstellung — u. a. fehlt die Erhöhung der Klassensteuer in Folge der Aufhebung der Contingenztritt — weit hinter den Versprechungen zurück, welche f. z. als es sich darum handelte, die Bewilligung der indirekten Steuern und Zölle durchzuführen, gemacht wurden. Es muß immer und immer wieder auf die Thatsache hingewiesen werden, daß, obwohl seitdem über 300 Millionen an Zöllen und indirekten Steuern im Reich bewilligt worden

sind, wodurch für die preußischen Steuerzahler eine jährliche Neubelastung von ca. 180 Mill. Mk. sich ergeben hat, die in Preußen nun wirklich dagegen gebotenen Erleichterungen, auch noch regierungsfreudlichen Quellen, nicht die Hälfte der Neubelastung — nach den „B. P. N.“ 85½ Millionen — ausmachen. Dies charakterisiert zur Genüge den „Segen der Steuerreform“.

Die „Steuerreform“ sollte nach den früheren Versprechungen zu einer Entlastung führen, und sie läuft zu einer starken Neubelastung der Steuerzahler geführt. Diese Thatsache ist sonnenklar. Sie läßt sich durch keinerlei Raisonnement wegeducken, auch nicht durch Täuschspielerkunststücke, welche auf oberflächliche Leser berechnet sind und welche auch in dem neuen Artikel der „B. pol. Nachr.“ wieder versucht werden.

Diese Correspondent schätzt die Überweisungen aus Reichssteuern, Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinverbrauchsabgabe und Stempelsteuern, welche Preußen im laufenden Jahre vom Reich erhalten wird, auf 171 Mill. Mark und gibt zu, daß nur die Hälfte dessen, was Preußen vom Reich (aus den neuen Steuern) erhält, zu Steuererleichterungen verwendet wird. Preußen hat also aus den neuen Steuern noch eine Summe von ebenfalls ca. 85½ Millionen zur Verfügung. Aber die preußischen Steuerzahler müssen doch wenigstens eine solche Summe jährlich mehr aufbringen als früher. Das suchen die „B. P. N.“ dadurch zu vertuschen, daß sie darauf hinweisen, Preußen habe nicht weniger als 134 Millionen Provinzialbeiträge an das Reich zu zahlen, müsse also noch 48½ Millionen Mark zur Deckung derselben aus seinen eigenen Staatsnahmen hergeben.“ „Diese Zahlen“ — so heißt es danach — „sprechen für sich selbst und bedürfen keiner weiteren Erläuterung.“

Dieser nichts sagende Schlussfolgerung soll auf gut deutsch heißen: „Das Reich muß seine eigenen Einnahmen so erhöhen, daß Preußen künftig diese 85½ Millionen nicht an das Reich zu bezahlen braucht.“ Wer ersparte aber etwas damit — Preußen resp. die preußischen Steuerzahler? Für diese ist es kein Vortheil, wenn sie dieselbe Summe, die einmal doch gebraucht wird, statt in preußischen Steuern in Reichssteuern bezahlen. Es dürfte ziemlich gleichgültig sein, welche Art gewählt würde, wenn nur nicht die indirekten Reichssteuern die ärmeren Klassen mehr belasteten als die directen Staatssteuern. Wollte man aber die „Steuerreform“ nach der bisher eingeschlagenen Richtung hin forsetzen, so würden die preußischen Steuerzahler außerdem noch einen weit größeren Nachteil davon haben. Trotz aller Versprechungen würden auch dann die Summen, die Preußen in Folge der erhöhten Reichssteuern nicht an das Reich zu zahlen haben würde, nicht zu Erleichterungen verwendet werden, oder höchstens wieder zu einem kleinen Theil. Das beweist einfach die Erfahrung mit der bisherigen „Reform“. Wozu befähigte also der Segen für Preußen, den uns die „B. P. N.“ in Aussicht stellen?“ Darin, daß die Steuerzahler wieder eine neue Last aufgebürdet erhielten und bei den Ausgaben etwas weniger sparsam zu Werke gegangen zu werden brauchten. Jeder Steuerzahler in Preußen wird sich für solchen „Vortheil“ bedanken.

In der Schweizer Frage haben die Mittheilungen über die während der Anwesenheit in Süddeutschland gemachten Ausführungen des Kaisers (vergl. das Telegramm in der gestrigen Morgennummer) im Süden des Reiches erheblich zur Beruhigung beigetragen. Im Norden Deutschlands war man wohl von vornherein mehr der Überzeugung, daß die hessigen offiziösen Auseinandersetzungen zum Abbruch der Beziehungen zur Schweiz und zu Repressalien nicht führen würden. Unser Berliner Correspondent schreibt uns bezüglich der Frage:

Die Veröffentlichung der drei Noten des Fürsten Bismarck in Sachen der Schweiz wird durch die von der „Post“ und gestern auch von uns gebrachte Mittheilung über die Ausführungen des Kaisers in ein erfreuliches Licht gestellt. Schon ein anderes Blatt (Köln. Ztg.) hatte vor einigen Tagen den Inhalt der Ausführungen dahin festgestellt, daß der Kaiser an einer baldigen Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz nicht zweifele. Die der „Post“ aus Stuttgart und Sigmaringen zugehende Meldung verschärft die beruhigende Tendenz dieser Ausführungen des Kaisers, die ohne Zweifel durch die in Stuttgart und überhaupt in Süddeutschland herrschenden Befürchungen vor den Rückwirkungen etwaiger Repressalien an der Schweizer Grenze auf die Verhältnisse in Süddeutschland veranlaßt worden sind. Dort steht man eben den Verhältnissen so viel näher. Ob in der That von Stuttgart und Karlsruhe aus Vorstellungen gegen die in den Zeitungen angekündigten Maßregeln gegen die Schweiz erhoben worden sind, ist authentisch bisher nicht festgestellt. Jedenfalls ergibt sich aus der „Post“, daß die Sache sowohl in Stuttgart wie in Sigmaringen — der Vermählungsfeier in Karlsruhe hat der Kaiser bekanntlich nicht beigewohnt — von „mehreren hervorragenden Persönlichkeit“ zur Sprache gebracht worden ist. Die Antwort des Kaisers scheint sich demnach in der Hauptsache auf die Frage der „Repressalien“ bezogen zu haben, da der Kaiser in den schweizerischen vorbereiteten Maßregeln auf dem Gebiet der Fremdenpolizei das geeignete Mittel erblickt, den Forderungen der drei Kaisermächte gerecht zu werden. Liegen die Dinge so, dann muß man annehmen, daß die Veröffentlichung der drei Noten des Reichskanzlers vom 5., 6. und 26. Juni im „Reichsanzeiger“ den

Zweck hatte, dem dringenden Wunsche des Kaisers entsprechend die erregte öffentliche Meinung zu beruhigen und in dieser Frage die eminent friedliche Tendenz der deutschen Politik allgemein zur Anerkennung zu bringen. In der That ist auch in der Note vom 26. Juni von eigentlichen Repressalien nicht die Rede, obgleich die Erklärung, Deutschland werde die Kontrolle über die anarchistischen Umtriebe deutscher Sozialdemokraten in der Schweiz auf die deutsche Seite der Grenze verlegen, der Auffassung Raum läßt, daß es sich hier um dieselben Beschränkungen des Grenzverkehrs handele, welche die Zeitungen früher als Repressalien angesehen hatten. Indessen verliert, wie schon neulich bemerkt, diese unruhigende Erklärung ihren Charakter dadurch, daß diese Maßregeln in Verbindung mit der Kündigung des Niederlassungsvertrags gebracht werden, welche erst nach Ablauf eines Jahres praktisch werden würden, so daß also noch Zeit genug bliebe, um einen neuen Vertrag zu vereinbaren, der nach Ablauf des bestehenden an die Stelle derselben treten würde. In der That deutet ja auch die Note des Reichskanzlers darauf hin, daß ein Erfolg für den Vertrag von 1876 angestrebt werden würde, falls die Schweiz durch die Reorganisation der Fremdenpolizei Abhilfe für die deutscherseits erhobenen Beschwerden schaffe. Nach der Haltung, welche die Schweiz in der Ausweisungsfrage eingenommen hat, wären solche Verhandlungen freilich überflüssig, wenn man deutscherseits darauf bestehen wollte, daß die Schweiz Deutsche, die nicht mit Heimathchein und Unbefohlenheitszeugnis versehen sind, nicht lassen darf. Aber darüber wird man auf allen Seiten im Reinen sein. Ob inzwischen die in der Note vom 26. Juni als beabsichtigt bezeichnete Kündigung des Niederlassungsvertrags von 1876 wirklich erfolgt ist, darüber liegt auch heute noch keine Meldung vor. Vielleicht bringt die schweizerische Seite angekündigte Veröffentlichung der Antwort des Bundesrats auf die Note des Reichskanzlers volle Klarheit in diese Dinge.

Aus Samoa

Ist der Friedensschluß zwischen Tamasese, dem von Deutschland eingesetzten und anerkannten Könige, und dem Gegenkönig Mataafa, für den Amerika Partei genommen hatte, gemeldet worden. Diese Nachricht ist deshalb von besonderem Interesse, weil Tamasese diesen Frieden mit dem „Rebellen“ Mataafa nicht ohne Zustimmung von deutscher Seite abgeschlossen haben kann. Zu welchen Zwecken dieser Friedensschluß erfolgt, ist freilich noch zweifelhaft. Man vermutet, daß es sich bei diesem Vorgange um die Person des von den Samoanern zu nährenden Vicekönigs handelt und daß der Abschluß des Friedens dazu bestimmt ist, die Wahl Mataafas für diese Würde zu ermöglichen.

Die Apanage-Frage in England.

Die Forderung der Regierung, Staatsgelder für die Kinder des Prinzen von Wales, den Prinzen Albert Victor und die Prinzessin Louise, auszuwerfen, ist bekanntlich schon bei der Ankündigung auf Schwierigkeiten im Parlament gestoßen, welchen die Regierung durch den Antrag zu bestreiten hoffte, einen Sonderausschuß zur Prüfung der Apanage-Frage im allgemeinen einzusetzen. Dieser Ausschuß wird nach Vorschlag der Regierung aus 25 Mitgliedern bestehen. Die Conservativen werden in demselben durch 12 oder 13, die Gladstonianer durch 7 oder 8, die liberalen Unionisten durch 2 und die Parnellites durch 3 Abgeordnete vertreten sein. Der Minister W. H. Smith wird wahrscheinlich den Vorsitz übernehmen. Möglich, daß jedoch die Opposition gegen die angegebene Zusammensetzung des Ausschusses Einwand erhebt.

Die „St. James‘ Gazette“ drückt wohl die Ansichten der meisten Engländer ohne Unterschied der Parteien aus, wenn sie zur Bill über die Apanage schreibt: „Wir sind alle einig, daß die Apanagen auf eine methodische Grundlage gebracht werden, und niemand leugnet, daß die jetzige Art und Weise, Fürsorge zu treffen, wenn ein königl. Prinz geboren, volljährig wird oder sich verheirathet, unwürdig und ungeeignet ist. Die meisten, selbst Radikale und Republikaner, gießen zu, daß, wenn sich auch manches für Abschaffung des Hofes sagen läßt, sich nichts für einen schäbigen Hof sagen läßt, für einen Hof, welcher knauern und annickern muß. Die Einsicht eines parlamentarischen Sonderausschusses ist deshalb als das Richtige zu betrachten, und man kann die Opposition beglückwünschen, daß sie diesem Verfahren zugestimmt hat.“

Ob der Papst in Rom bleiben soll, diese Frage ist nach einer längeren Mittheilung, welche der „P. C.“ von einem dem Vatican nahestehenden Correspondenten zugeht, von dem letzten Consistorium nicht in Bezug auf die gegenwärtige Lage, sondern für den Fall eines europäischen Krieges erörtert worden. In diesem Falle soll man sich für eine Abreise von Rom entscheiden haben. Wohin?, sei noch nicht festgestellt. Innerhalb verdiene es im Zusammenhange mit dieser Frage bemerkt zu werden, daß der Bischof von Barcelona in einem kürzlich veröffentlichten Hirtenbriefe erklärt habe, Spanien würde sich falls der Papst je zum Verlassen Roms gezwungen sein sollte, glücklich fühlen, dem heil. Dater auf spanischem Boden ein Asyl zu bieten.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Harrison, hat am Tage des Unabhängigkeitserklärung (4. Juli) in Woodstock, Connecticut, eine Rede gehalten, in der er die Frage berührte, ob die Nation in Wirklichkeit nichts von einem

auswärtigen Feinde zu befürchten habe. „Kein Volk der Erde“, so sagte er, „hat die Macht, uns zu schaden, außer wir selbst. Wir sagen dieses nicht, um uns zu rühmen, sondern eher aus Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung, welche uns einen solchen Platz unter den Nationen der Erde angewiesen hat, daß keine Großmacht an irgend einer Seite an uns grenzt. Da wir auf diese Weise uns nicht mit Angriffen von außen zu beschützen nötig haben, so sollten alle unsere Gedanken auf innere Gefahren gerichtet sein, welche allein uns ernstlich gefährden können.“

Deutschland.

Berlin, 7. Juli. Merkwürdiger Weise wird auch jetzt wieder, ohne daß von irgend einer Seite ein Widerspruch erhoben ist, die Thatsache festgestellt, daß schon an der vorgezogenen Börse — also mehrere Stunden vor dem Erscheinen der Abendblätter — bekannt gewesen ist die „Nordde. Allg. Ztg.“ werde in ihrer Abendnummer einen Artikel gegen die russische Prioritätenconversion veröffentlichen. Es ist dieser Vorgang bekanntlich nicht der erste dieser Art. Bei dem großen Kriege gegen die russischen Papiere im vorigen Jahre war es die Regel, daß die Artikel der „Berl. pol. Nachr.“ und der „Post“, welche sich auf die Russen beziehen, schon vor ihrem Erscheinen an der Börse, natürlich nur von den Engewichteten zur Grundlage ihrer Börsenoperationen gemacht wurden. Als die „Nordde. Allg. Ztg.“ vor einigen Wochen die bekannte Notiz über die Vertragswidrigkeit der letzten Conversion brachte, war die Börse ebenfalls unterrichtet; aber das war nicht unerklärlich, da man wußte, daß ein Protest gegen die Zulassung der neuen vierprozentigen Papiere seitens einiger Bankhäuser erhoben war, die also auch von der Unterstützung ihrer Action durch die „N. A. Z.“ unterrichtet sein mußten. Der Protest ist von der Börsencommission zurückgewiesen worden, worauf die „Norddeutsche“ sich darauf beschränkte, vor der Annahme der neuen Papiere zu warnen. Darüber, ob diese Warnung vielfach als offiziell anzusehen ist, wird natürlich lebhaft diskutirt. Der Umstand, daß das bevorstehende Erscheinen der Warnung an der Börse bekannt gewesen ist, spricht unserer Ansicht nach gegen diese Annahme. Kundgebungen der Presse, welche aus Regierungskreisen oder besser, von einer offiziellen Stelle innerhalb der Regierung ausgehen und die Aussäufung der leichten Ausdrücken sollen, entziehen sich ihrem ganzen Charakter nach der vorzeitigen Ausbeutung durch Börsenspekulanten. Man kann dagegen nicht einwenden, daß die „N. A. Z.“ einen offiziellen Charakter hat. Das ist ja richtig, insoweit die Redaction verpflichtet ist, die ihr aus Regierungskreisen zugehenden Mitteilungen aufzunehmen; aber nicht in dem Sinne, daß jede Aussäufung der „N. A. Z.“ als eine offizielle anzusehen ist. Ist es doch seiner Zeit bekannt geworden, daß auch der Centralverband deutscher Industrieller sich einen gewissen Einfluß auf dieses Blatt gesichert hat, und wahrscheinlich entzammen zahlreiche Artikel über wirtschaftliche Fragen, über Arbeiterschulz, Sirkes, Cartelle, Verhältnis von Getreide- und Brotpreisen u. s. m. dieser Quelle. Notorisch besteht auch zwischen dem Centralverband und den „Berl. pol. Nachr.“ ein ähnliches Verhältnis, da der letztere dem Herausgeber des Correspondenten einen bedeutenden Zusatz — man spricht von 40 000 Mark jährlich — zugesichert hat, doch gewiß in der Voraussetzung, daß es kein besseres Mittel gebe, im Sinne des Centralverbandes zu wirken. Einige Bankhäuser, deren Namen den Interessenten bekannt sind, haben dieses Beispiel nachgeahmt. Nach diesen Vorgängen könnte es nicht mehr überraschen, wenn auch die Warnung der „Norddeutschen“ vor den neuen russischen Prioritäten aus einer ähnlichen Quelle stamme. An sich freilich ist diese Verquitung offiziöser Pressegänge mit wirtschaftlichen Interessenkreisen ein bedenklicher Vorgang, weil zu der Beantwortung der Frage, ob eine einzelne wichtige Kundgebung von der Regierung veranlaßt ist oder den An- und Absichten der Regierung entspricht, eine Kenntnis der Preßverhältnisse gehört, die die große Mehrzahl der Leser nicht hat und nicht haben kann. Es ist das fast noch schlimmer, als wenn ein Theil der sog. unabhängigen Presse Kundgebungen aus Regierungskreisen aufnimmt, ohne dieselben dem Leser als solche zu kennzeichnen.

Berlin, 7. Juli. Dem hiesigen Magistrat sind folgende Schreiben zugegangen:

Ge. Maj. der Kaiser haben mit aufrichtiger Freude die Glückwünsche, welche der Magistrat und die Herren Stadtoberhäupter allerhöchstenselben zu der Vermählung Gr. k. h. des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gebracht haben, entgegen zu nehmen geruht und lassen dem Magistrat und den Herren Stadtoberhäuptern für diesen neuen Beweis ausmerksamer Abhängigkeit bestens danken.

J. B. des Herrn Geh. Cabinets-Raths

gez. Anders.

Dem Magistrat und den Herren Stadtoberhäuptern sage ich dir zu meiner Vermählung namens der Reichshauptstadt freundlichst ausgedrückten Glückwünsche meinen herzlichen Dank, dieselben mit meinen aufrichtigen Wünschen für die fernere Wohlfahrt Berlins erwidern.

Schloß Glienecke, den 26. Juni 1889.

gez. Friedrich Leopold, Prinz von Preußen.

* Der Magistrat beabsichtigt, die Stadtverordneten-Versammlung nochmals zu ersuchen, die abgelehnte Erhebung der Kirchensteuer durch städtische Beamte zu gestatten.

[Die Kaiserin Friedrich] besuchte Freitag Nachmittag die Heilanstalt für Lungenkranken in Falkenstein am Taunus. Die Kaiserin unterrichtete sich eingehend über die Kurmitteltheorie und erfreute auch einige Kranken mit freundlicher Ansprache.

[Zur Reise des Jaren.] Der „Nordischen Corresp.“ zufolge ist die Kopenhagener Polizei für den 20. August als den Tag der Ankunft des Jaren zu einem sechswöchentlichen Besuch auf Frederiksberg instruiert. „Auf diese feststehende Reisedisposition des Jaren sollte bei den Muthmachungen über seine weiteren Reiseabsichten und zumal seine Berliner Reise mehr Rücksicht genommen werden, falls man das richtige Datum ungefähr treffen und nicht um lange Wochen vorbehantzen will.“ Als die „Post“ vor einigen Tagen die Gerüchte über „einen nahe bevorstehenden Besuch des Jaren“ mit einem großen Aufwand moralischer Entrüstung demonstrierte, bemerkten wir sofort, daß damit der spätere Besuch des Jaren nicht in Abrede gestellt werde.

[Minister v. Lucius in England.] Bei dem Windfuhr anlässlich der Jubiläums-Ausstellung der königl. landwirtschaftlichen Gesellschaft ver-

anstalteten Bankett wurden die offiziellen deutschen Vertreter, der Minister v. Lucius und der Präsident der deutschen Schorthorn-Gesellschaft, Eduard Lübben, allseits und namenlich von dem Prinzen von Wales mit besonderer Auszeichnung behandelt; v. Lucius erwiederte den Toast auf die auswärtigen Gesellschaften und dankte für die den deutschen Vertretern gewordene Aufnahme und die Anerkennung der deutschen Leistungen auf landwirtschaftlichem Gebiet.

[Herrfurth und Putthamer.] Der „Hamb. Corresp.“ hatte in einem Leitartikel, der von Berlin eingesandt war, die Verdienste des gegenwärtigen Ministers des Innern im Gegensatz zu Herrn v. Putthamer in einer sehr starken Weise geschildert. Darüber ist die „Cons. Corresp.“, das offizielle Organ der conservativen Partei, in Hartnisch geraten. Sie hält diese Lobpreisung für gehässig gegen den früheren Minister v. Putthamer und für absurd. Die „Cons. Corresp.“ will Herrn Herrfurth anerkennen, aber sie verlangt ebenso bestimmt, daß man gegen Herrn v. Putthamer nicht ungerecht sei. Sie ist auch der Ansicht, daß diejenigen nicht unbedingt unrecht haben, welche der Meinung sind, daß den verheerenden Wirkungen des Berliner Bauhandwerkerstreiks und den noch bedenklicheren Fortschritten, welche die socialdemokratische Organisation in Berlin in der letzten Zeit gemacht hat, durch eine energische Anwendung des Putthamerschen Strafeverfahrens hätte vorgebeugt werden können.

[v. Treitschke.] Den Versuch des „Hann. Cour.“, den Rücktritt Treitsches von der Herausgabe der „Preußischen Jahrbücher“ auf die antisemitischen Neigungen des Historikers zurückzuführen, weist die „Kreuzig.“ zurück. Die Ausführung Treitsches von den „Hosen verkaufen alten Junglingen“ ist alten Datums; sie hat das Zusammenwirken Treitsches mit Dr. Delbrück nicht behindert. Auf den wirklichen Grund des Rücktritts Treitsches wirkt die Erinnerung daran, daß die „Preuß. Jahrbücher“ niemals von einer politischen Partei unterstützt, d. h. niemals Organ einer bestimmten Partei gewesen seien, ein Licht. In dieser Hinsicht ist offenbar eine Aenderung eingetreten, welche mitmachen Herr v. Treitschke sich nicht entschließen konnte. Die „Kreuzig.“ sagt: „Erst die Wahrnehmung, daß mit dem Kartellsgebunden sich immer mehr die opportunistische Grundlosigkeit verbindet, wird für Treitschke entscheidend gewesen sein. Seit man den Kartellsfractionen das Motto: „Stärke der Überzeugungstreue und Unbeugsamkeit der principiellen Auffassungen sind ein Element der Schwäche“, als ein Brandmal auf die Stirn gebrückt hat, ist für einen Charakter wie Herr v. Treitschke die gemeinsame Arbeit mit Cattellmannern par excellence in der That zur Unmöglichkeit geworden.“ Die „Kreuzig.“ muß es wissen.

[Die Bergleute im ganzen Saar-Revier] haben einen Verein bepußt Wahrung ihren Interessen gegenüber der Knapschaftskasse und gegenüber den Berginspektionen gegründet. Demselben sind bereits über 18 000 Mitglieder beigetreten, die Statuten liegen zur Genehmigung der Regierung vor. Bei der constituirenden Versammlung wurde beschlossen, den entlassenen Bergmann Marken in den nächsten Reichstag zu wählen.

* Ueber die Errichtung einer Leibgarde für die Kaiserin erfährt die „Kreuzig.“ von „ausländiger Seite“, daß darüber nichts bekannt geworden sei, fügt aber hinzu: „Dies schließt jedoch nicht die Möglichkeit aus, daß in Zukunft eine derartige Einrichtung ins Leben tritt.“

Dresden, 6. Juli. Die 350jährige Jubelfeier der Einführung der Reformation wurde heute Nachmittag in den Schulen feierlich begangen. Morgen wird in allen evangelischen Kirchen Festgottesdienst abgehalten.

Dessau, 6. Juli. Heute Mittag 12 Uhr hielt das

erbprinzipielle Paar unter feierlichem Glöckeln und großerartiger Theilnahme des Publikums seinen feierlichen Einzug in die Stadt. Auf dem Bahnhofe war eine Ehrenkompanie mit Musik aufgestellt, welche beim Eintreffen des Juges den Dessauer Marsch intonierte; alle hiesigen aktiven und inaktiven Offiziere waren anwesend. Der Einzugsweg war reich geschmückt, Truppen und Vereine bildeten Spalten, darunter Krieger im Rostum des altdeutschen Regiments. 150 Ehrenjungfrauen begrüßten die Neuvermählten. An der Schloßkirche war die Geistlichkeit aller Confessionen aufgestellt und Oberhofprediger Leichmüller hielt die Ansprache; ebenso hielt Oberbürgermeister Dr. Junk das erbprinzipielle Paar am Rathause willkommen, wo auch die städtischen Behörden Aufstellung genommen hatten. — Heute Abend fand ein Fackelzug statt, an welchem etwa 2000 Personen teilnahmen. Vor dem Palais brachten 150 Gänger eine Serenade dar. Die Stadt ist glänzend illuminiert.

Österreich-Ungarn.

Wien, 6. Juli. Der „Polit. Corresp.“ wird aus Pest gemeldet: Nach den zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Finanzminister getroffenen Verabredungen wird die Enquete über die Valutaregulirung keinesfalls vor dem Herbst einberufen werden, doch ist der Zusammertritt selbst zum Herbst unbestimmt, da er noch von mancherlei Umständen abhängig ist.

Prag, 6. Juli. Das Gesamtresultat der Giesserei ist folgendes: Es sind gewählt 32 Deutsche, 24 Tschechen, 9 Jungtschechen; 7 Mandate blieben unentschieden, da thils Neuwahlen, thils engere Wahlen erforderlich sind. In Budweis erschienen von 2887 Wahlberechtigten 2557. Der Kandidat der Deutschen, Schier, erhält 1337, der Kandidat der Tschechen, Bloch, 1207 Stimmen. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Der Deputierte de Lanessan hat dem Marineminister Aranz mitgetheilt, er werde am Montag eine Interpellation einbringen, um zu erfahren, welche Maßnahmen der Minister vorzuschlagen gedenke, um der Unzulänglichkeit der Flotte abzuholzen, sowie den nach seiner Ansicht gelegentlich der jüngsten Flottenmanöver offenkundig gewordenen Mängeln der Außenverteidigung. (W. T.)

St. Etienne, 6. Juli. Die Rettungsarbeiten werden unausgeföhrt betrieben. Drei Leichen wurden herausfördernt; zwar bemerkten die Arbeiter noch mehrere, aber die tödlichen Gase verhinderten jedes Vordringen. (W. T.)

Italien.

* [Im südlichen Italien] führen viele von den Colonien und Dörfern, welche von Deutschen angelegt sind, deutsche Namen. Gegen diese Benennung von Dörfern und Colonien mit deutschen Namen ist ein Beschluß gerichtet, welches

neuerdings von den Landschaften (Provinzial-Verwaltungen) in den südlichen Gouvernementen an den Minister des Innern gesandt worden ist; es wird in diesem Besuch verlangt, daß ausländischen Gesellschaften, welche dort Grundstücke kaufen und Dörfer und Colonien anlegen, verboten werde, denselben deutsche Namen zu geben. (P. 3.)

Von der Marine.

* Die Kreuzer-Corvette „Alegardine“ (Commandant Corvetten-Captain v. Prittwitz und Gaffron) ist am 6. Juli cr. im Syden und das Kanonenboot „Titis“ (Commandant Capitän-Lieutenant Ascher), ist am 6. Juli c. in Nagasaki eingetroffen und beabsichtigt am 11. d. Mts. die Weiterreise nach Tusan fortzusetzen.

Am 9. Juli: Danzig, 8. Juli. M. A. b. Tage, & A. 3.41, u. 28. Zeitung, 11. 12. 52.

Wetteraussichten für Dienstag, 9. Juli, auf Grund der Berichte des deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Heiter, sehr warm, wechselnder Wind, später zum Theil gewitterhaft und weithin bedeckt; vielfach Gewitter und schwacher bis mäßiger Wind. Nebeldunst an den Küsten.

* [Der commandirende General] Herr Bronsart v. Schellendorff besuchte gestern die Kunstsammlungen des Herrn Kaufmann Siedlinski hierher, welche sein lebhaftes Interesse in Anspruch nahmen, und begab sich dann mit dem Dormittagzug um 10 Uhr nach Zoppot, wo der selbe bis gegen Abend verblieb. Um 8 Uhr reiste der General nach Pr. Glogau zur Inspection der dort stehenden Husaren.

* [Chremisgliedigkeit.] Herr Staatsrat Dr. Radde, welcher, wie schon telegraphisch gemeldet, am Sonnabend in der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin einen Vortrag über seine Reisen von 1852 — 1889 hält, wurde dort nach dem Vortrage das Diplom als Chremisglied überreicht, zu welchem Dr. Radde schon im März d. J. von der Gesellschaft erwähnt worden war.

* [Neuer Seedampfer.] Am Sonnabend Nachmittag lief auf der Alawitter'schen Werft der für Rechnung der hiesigen Niederei von J. G. Reinhold dort im Bau befindliche Frachtdampfer glücklich vom Stapel. Das Schiff, welches auf den Namen des vor wenigen Wochen heimgegangenen Chefs der Firma „D. Giedler“ getauft wurde, ist durchweg aus deutschem Stahl nach Veritas für die erste Klasse erbaut und für eine Tragfähigkeit von 550 Tons konstruit; es hat eine Länge von 52,5 M., eine Breite von 7,6 M. und eine Raumtiefe von 3,96 M. Die Maschine ist eine Triple-Compoundmaschine von 300 indirekten Pferden, welche ihren Dampf aus zwei Stahlkesseln, die mit 10½ Atmosphären Überdruck arbeiten, empfängt; Maschine und Kessel, welche gleichfalls im Alawitter'schen Etablissement erbaut wurden, sind bereit fertig und sollen sofort in den Schiffkörper eingefügt werden. — Wir freuen uns, mit diesem jüngsten Zuwachs unserer Dampfschiffsschiffe auch einen Fortschritt der heimischen Industrie insfern constatiren zu können, als der neue Dampfer unseres Wissens der erste Seedampfer ist, welcher in allen Haupttheilen — Schiff, Maschine und Kessel — in einem hiesigen Etablissement fertiggestellt wurde.

* [Marlenburg-Mlawkaer Bahn.] Im Monat Juni haben, nach provisorischer Feststellung, die Einnahmen betrugen: im Personenverkehr 27 400 Mk., im Güterverkehr 102 500 Mk., an Extraordinarien 26 000 Mk., zusammen 155 900 Mk., 32 100 Mk. (darunter 31 500 Mk. vom Güterverkehr) weniger als im Juni v. J. Die für den Zeitraum vom 1. Januar bis Ende Juni 1889 ermittelte Einnahme stellt sich auf 968 942 Mk. (gegen definitiv bis Ende Juni 1888 weniger 36 300 Mk.)

* [Herr Ober-Präsident v. Leipzig] begab sich gestern nach Jenau, um die dortige Schul- und Erziehungs-Anstalt und die durch den Brand angerichteten Verheerungen zu besichtigen und über die von der Staatsbehörde angeregte Verlegungsfrage mit Mitgliedern des Curatoriums zu conferiren.

* [Besuch.] Gegenwärtig weilt der frühere Oberpräsident von Westpreußen, Wirkl. Geh. Rath Herr v. Ernsthausen zum Besuch einiger seiner vielen hiesigen Freunde und Verehrten wieder in unserer Stadt.

* [Danziger Lehrerverein.] In der Sitzung am Sonnabend im Schullokale zu Schödlitz hielt Lehrer Bauer mit Mädchen der 2. Klasse eine Lecture über das Gedicht „Gewitter“ von Gustav Schwab. Die Art und Weise, wie es der Unterrichtend verstand, durch geschickte Fragen Inhalt, Lehre etc. aus den Altbüchern herauszulösen, fand allgemeinen Beifall. Vor der Debatte machte der Vorsitzende, Herr Both, Mittheilung von dem Dahnscheide des Lehrers und Vereinsmitgliedes Poddig. Die Versammlung ehrt den Verstorbenen durch Erheben von den Plänen und beschloß, am Begräbnisse einen Krans auf das Grab zu legen.

* [Verein für Volksbildung.] Die hiesige „Lustspiel“ sonst die Haupttheile ist — es lachte auch höchst befriedigt und mit vollem Interesse an dieser lebensgetreuen Gestalt. — Gestern Abend folgten die „Wohlthätigen Frauen“ von L'Arronge. In diesem sarkastischen Schwank hatte hr. Reith die minder bedeutende Rolle des Factotums Huber inne, durch welche er zeigte, daß über dem Studium gehaltvoller Charakterrollen, welche Herr Reith jetzt mehr zu cultivieren scheint, der Komiker nicht in den Hintergrund getreten ist. Der Gast wurde an beiden Abenden vielfach durch hervorragende Szenen ausgezeichnet. Gestern theilten auch Fr. Wagner (Frau Möpf), die namentlich die Lustspielen sonst die Haupttheile spielt, hr. Connard, der den nach dem Birch-Pfeiffer'schen Lord Rochester abgeklärten Major v. Rabé brillant spielt, Fräulein Fräulein Möpf mit dem Gast mehrfach diese Ehre. Fräulein Wagner und hr. Connard unterhielten auch am Sonnabend neben den Herren Pittmann, Garbrecht u. a. die Aufführung durch ihr gewandtes, natürliches Spiel recht verdienstvoll.

* Pötzsch, 7. Juli. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vergangener Woche drangen Diebe durch die erbrochenen Fensterläden in das Geschäftsstöck des hiesigen Altershauses A. und entließen die dasselbe vorgesetzte Haufe ihres Inhaltes, der etwa 250 Mk. betrug. Den Thätern glaubt man jedoch auf der Spur zu sein. — Die Heu- und Büttenerei ist hier größtmöglich beendet und es kann in nächster Zeit mit dem Mähen des Roggens, der trok der langen Dürre einen guten Ertrag verprücht, beginnen werden. Da die Ferien der Landsschulen mit dem 24. Juli beginnen und 3 Wochen dauern, so dürfen sie wohl diesmal genau mit der Getreibeernte zusammenfallen. — Der hiesige Tätigkeitenverein feierte heute unter reger Beteiligung sein diesjähriges Sommerfest durch einen Ausflug nach dem Schlauer Walde. — In mehreren Ortschaften der Umgebung und auch in der Stadt herrscht in einigen Familien noch immer die Diphteritis unter den Kindern, von denen auch einige verstorbene sind, so heute das einzige achzehnjährige Töchterchen des Post-Vorsteigers Lüttich.

Kst. Bückau, 7. Juli. Gestern wurde die Maschine des von Danzig nach Carlsbad abgelassenen Morgen-Jahrs in Grashain-Prangshin so defekt, daß dieselbe den Zug nicht weiterfahren konnte. Es traf sich aber infolge günstig, als die Maschine des zwischen Bölkau und Praust coursirenden Einzuges den Personenzug übernehmen konnte, den sie mit einer Verzögerung von ca. 3 Stunden nach Carlsbad brachte.

* Briesau, 7. Juli. Die letzte Campagne der hiesigen Zuckerfabrik währt vom 3. Oktober bis zum 2. Dezember. Es wurden 253 540 Centner Rüben (1887: 360 625), mittin täglich durchschnittlich 4568 Centner verarbeitet. An Zucker sämmtlicher Produkte wurden 10.21 Proc. gewonnen, ca. 1 Proc. mehr als im Vorjahr. Die erzielten Zuckerpriise stellten sich ebenfalls etwas höher als in der Vorcampagne. Der erzielte Reingewinn beträgt ca. 31 000 Mk. Der Generalversammlung soll die Zahlung einer Dividende von 5 Proc. vorgelegt werden.

* Reutteich, 7. Juli. In der gestrigen Sitzung des Viehzucht- und milchwirtschaftlichen Vereins teilte der Vorsitzende mit, daß Schäferdirektor Behmer, der ein eigenes Prämiierungssystem des Viehzugs nach Points aufgestellt hat und desselbe im Auftrage des Ministers für Landwirtschaft in den Vereinen erläutert, am Vorabend des 20. Juli bei hrn. Behrens in Sandhof eine beigelegte Instructionsschrift abhalten und in der an demselben Tage stattfindenden Verbandskundgebung herbeigeführt hatte, welche in der Langasse und Langemarkt das Vorbeifahren der Räuber abwartete. Da Militärmusik nicht zu haben war, so mußte das beabsichtigte Concert im Schillingschen Etablissement in Plehnendorf unterbleiben, und die Radfahrer kehrten in Folge dessen früher nach Danzig zurück, als im Programm vorgesehen war. Ein Commerz im Clublokal des hiesigen Radfahrerclubs hielt die Teilnehmer am Feste, welches ohne den gründlichen Unfall verlaufen ist, bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

* [Fahrräder Passagiergepäck.] Eine angenehme Neuerung für Radfahrer hat die diesjährige Reise-Saison gebracht. Fahrräder galten bisher nicht

